

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALEKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

B-Ausgabe
Einzelpreis 15 Pf

Redaktion und Verlag: Franz-Mehring-
Platz 1, Berlin, 10117, Telefon: 5 83 10
(Sammelnummer). Abonnementspreis
monatlich 3,50 Mark. ISSN 0323-4940

Für ein stabiles und sicheres Europa, frei von nuklearen und chemischen Waffen, für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen und Militärausgaben

Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Die höchsten Repräsentanten der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sind am 7. und 8. Juli 1989 auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest zusammengekommen. Ausgehend von den heutigen Realitäten in der Welt und geleitet vom Bestreben ihrer Staaten, eine stabile Sicherheit in Europa zu gewährleisten, weiteren Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung zu erreichen und aktiv die Umgestaltung der internationalen Beziehungen auf neuer Grundlage sowie den Übergang der Menschheit zu einer neuen Entwicklungsetappe unter den Bedingungen von Frieden und Zusammenarbeit zu unterstützen, erklären sie folgendes:

Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion und der Nationalität; die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf verschiedenen Gebieten auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils; die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen, nach Treu und Glauben; die Achtung aller Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen, der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki sowie anderer allgemein anerkannter Normen der internationalen Beziehungen.

In der zunehmend gegenseitig abhängigen Welt von heute wird die Verwirklichung all dieser Prinzipien und Bestimmungen die Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Werte und Verhaltensnormen in den internationalen Beziehungen fördern.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Bereitschaft, den Dialog mit allen Staaten zu entwickeln und zu vertiefen sowie konstruktiv mit ihnen für die Lösung der vor Europa und der Welt stehenden Aufgaben zusammenzuarbeiten. Dieser Dialog und diese Zusammenarbeit sind im gegenwärtigen verantwortungsvollen Moment der Entwicklung der internationalen Lage besonders notwendig.

II.

Die Beseitigung der Gefahr eines nuklearen und konventionellen Krieges und die Festigung der internationalen Sicherheit sind objektiv notwendige Voraussetzungen des Überlebens und des Fortschritts der Menschheit. Davon ausgehend, erachten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung als Hauptaufgaben der Gegenwart.

Die wachsende Einsicht der Regierungen und Völker in die Gemeinsamkeit der Sicherheitsinteressen erlaubte es, erste Schritte zur Verringerung der militärischen Konfrontation zu gehen. Die Möglichkeit des Übergangs von einer sinnlosen und gefährlichen militärischen Konfrontation zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten zeichnet sich ab. In diesem Zusammenhang unterstützen die Teilnehmer der Tagung die herausragende Bedeutung des Vertrages über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, mit dessen Verwirklichung die physische Vernichtung von Kernwaffen eingeleitet wurde. Sie haben die sachliche Atmosphäre hervor, die in letzter Zeit eine Reihe von Abrüstungsforen kennzeichnet.

Dennoch ist auf dem Gebiet der Abrüstung noch keine grundlegende Wende eingetreten. Obwohl beide Bündnisse die Unzulässigkeit eines neuen Krieges anerkennen, ist das Niveau der militärischen Konfrontation nach wie vor unverträglich hoch und gefährlich. Die Bestrebungen der



Willi Stoph signiert für die DDR die Erklärung

Foto: ZB/Mittelstadt

NATO, die Politik der Stärke fortzusetzen und die Strategie der nuklearen Abschreckung weiter zu verfolgen, muß Beunruhigung hervorrufen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vertreten die Auffassung, daß unter diesen Bedingungen das aktive Handeln aller Länder, aller friedliebenden, realistisch denkenden Kräfte geboten ist. Ausgehend von der Konzeption der gegenseitigen und unteilbaren Sicherheit treten sie entschlossen für deren Gewährleistung durch die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf einem minimalen, ausschließlich für die Verteidigung erforderlichen Niveau ein, das die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs und großangelegter Angriffshandlungen ausschließt. Ihr Ziel ist die Reduzierung der Rüstungen bis zur völligen Beseitigung der Kriegsgefahr. Dies ist nur durch gemeinsame Anstrengungen erreichbar, wobei nicht die militärischen, sondern die politischen Faktoren der Sicherheit und Stabilität allseitig gestärkt werden müssen.

Sie bekräftigen ihre Bereitschaft, gemeinsam mit allen interessierten Ländern nach Übereinkünften zu suchen, die zur schrittweisen Reduzierung und völligen Beseitigung der Kernwaffen, zum Verbot und zur Vernichtung der chemischen Waffen, zur radikalen Reduzierung konventioneller Streitkräfte, zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum, zur schrittweisen Verringerung der Rüstungsproduktion sowie zur wesentlichen Reduzierung der Militärausgaben führen. Dabei gehen sie davon aus, daß Abrüstungsmaßnahmen gleiche Sicherheit für alle Staaten bei strikter Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität eines jeden Staates in seinen bestehenden

Grenzen gewährleisten sowie die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen ausschließen müssen.

Die verbündeten Staaten bringen ihre Befriedigung über die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu den entscheidenden Richtungen der Abrüstung zum Ausdruck und hoffen auf baldige praktische Ergebnisse.

Als eines der vorrangigen Ziele betrachten sie den Abschluß der Ausarbeitung des Vertrages über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA bei Einhaltung des ABM-Vertrages in der Form, wie er 1972 unterzeichnet wurde.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten treten für eine unverzügliche Einstellung der Kernwaffenversuche ein. Diese Frage sollte zieldringend, auch multilateral, insbesondere auf der Gener Abrüstungskonferenz, erörtert werden. Sie sprechen sich für den baldigen Abschluß der Erarbeitung der Protokolle über die Kontrollfragen zu den sowjetisch-amerikanischen Verträgen von 1974 und 1976 aus sowie ihre Verwirklichung als Schritt zur vollständigen Einstellung der Nukleartests. Als einen der Wege, das Verbot von Nukleartests zu beschleunigen, unterstützen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Idee einer möglichen Ausdehnung des Geltungsbereiches des Moskauer Vertrages von 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in den drei Medien auch auf unterirdische Tests. Auf der Tagesordnung stehen die Einstellung und in der Perspektive das Verbot der Produktion spaltbaren Materials für Waffen, die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen

sowie von Raketentechnologien zu militärischen Zwecken. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, zivile nukleare Objekte vor Angriffen zu schützen.

Die Teilnehmer der Tagung sind über die Gefahr besorgt, die von dem Einsatz chemischer Waffen für den Frieden und die internationale Sicherheit ausgeht, solange diese existieren und weiterverbreitet werden, und schlagen vor, effektive Maßnahmen zur Beseitigung einer solchen Gefahr zu ergreifen. Sie rufen dazu auf, die Vorbereitung einer internationalen Konvention über das allgemeine und vollständige Verbot chemischer Waffen und die Vernichtung ihrer Vorräte zu beschleunigen.

Schlüsselfragen der Sicherheit und Stabilität in Europa sind die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte, die Reduzierung und nachfolgende Beseitigung der taktischen Kernwaffen und die Festigung des Vertrauens auf dem Kontinent.

Als nächstes Ziel der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa streben die Teilnehmer der Tagung an, bereits in einer ersten Vereinbarung für die Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages gleiche kollektive Obergrenzen der Truppenstärke und der Anzahl der Hauptarten von Bewaffnung in Europa und dessen einzelnen Regionen festzulegen. Dabei sollten die neuen Obergrenzen bedeutend unter dem zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei jeder Seite vorhandenen niedrigsten Stand liegen. Die in Wien eingebrachten entsprechenden Vorschläge der verbündeten sozialistischen Länder sehen eine radikale gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen vor. Das würde auch das Problem der Beseitigung der Ungleichgewichte auf dem Gebiet der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses beendet

Bukarest (ADN). Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ist am Sonnabend in Bukarest beendet worden. Auf der Schlußsitzung wurde die Erklärung „Für ein stabiles und sicheres Europa, frei von nuklearen und chemischen Waffen, für eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte, Rüstungen und Militärausgaben“ unterzeichnet. Zugleich wurde ein Kommuniqué der zweitägigen Beratungen vereinbart, die in einer Atmosphäre der Freundschaft und kameradschaftlichen Zusammenarbeit verliefen.

Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, hatte auf Grund einer akuten Gallenblasenerkrankung am Sonnabend früh aus Bukarest die Heimreise angetreten. Vom Generalsekretär der RKP und Präsidenten der SRR, Nicolae Ceauşescu, war er sehr herzlich verabschiedet worden.

Die Abschlusssitzung hatte um neun Uhr Ortszeit im Palast der Republik unter Vorsitz des Generalsekretärs des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien, Todor Shiwkow, begonnen. Das bedeutsame, die Friedenskonzeption des Bündnisses bekräftigende Dokument wurde von Todor Shiwkow für Bulgarien, Rezső Nyers für Ungarn, Willi Stoph für die DDR, Wojciech Jaruzelski für Polen, Nicolae Ceauşescu für Rumänien, Michail Gorbatschow für die UdSSR und Miloš Jakes für die CSSR signiert.

Nach Abschluß der Tagung fand ein Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien statt. Für die SED nahm an dieser Begegnung Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrates, teil.

Zwischen den Außenministern der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses teilnahmen, hatten in Bukarest Arbeitstreffen stattgefunden. Die Minister erörterten einige Fragen der praktischen Verwirklichung der auf der Bukarester Tagung getroffenen Vereinbarungen sowie andere aktuelle Probleme. Die Treffen verliefen, wie mitgeteilt wurde, in einer Atmosphäre der Freundschaft und des sachlichen, kameradschaftlichen Einvernehmens.

Im Laufe des Tages reisten die Delegationen aus der rumänischen Hauptstadt in ihre Heimatländer zurück. Auf dem internationalen Flughafen Bukarest-Otopeni wurden sie vom Generalsekretär der RKP und Präsidenten der SRR, Nicolae Ceauşescu, und weiteren Mitgliedern der Partei- und Staatsführung herzlich verabschiedet.

Wortlaut des Kommuniqués Seite 2

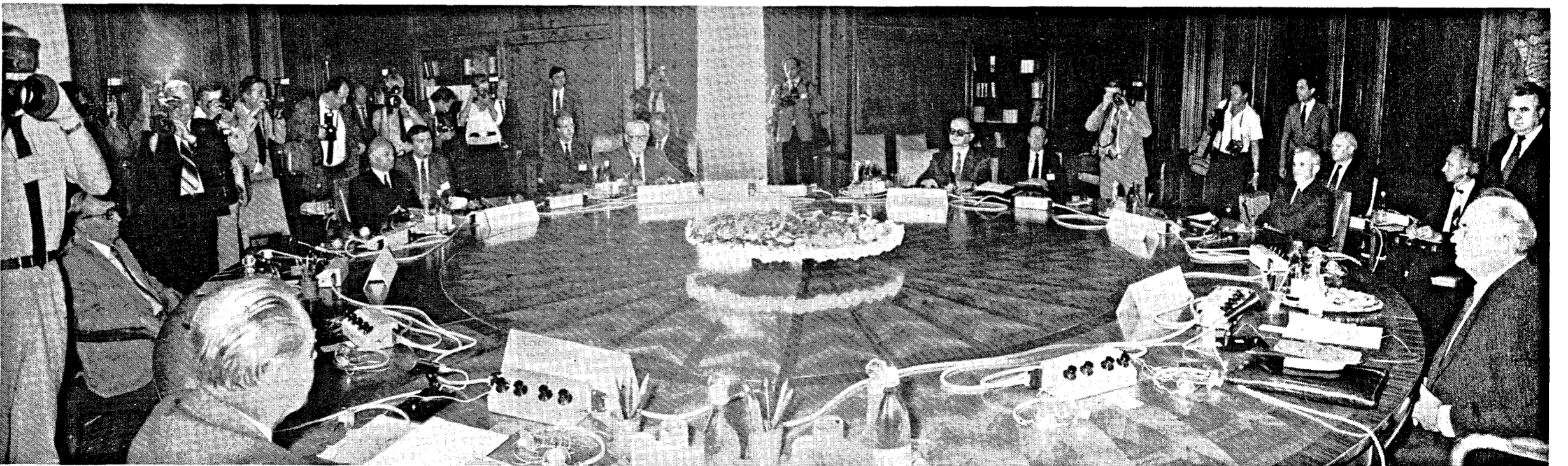
Pressekonferenz in der rumänischen Hauptstadt

Bukarest (ADN). Auf einer internationalen Pressekonferenz in der rumänischen Hauptstadt hat am Sonnabend der Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses, Constantin Oancea, den fruchtbaren, in freundschaftlicher Atmosphäre verlaufenen Meinungsaustausch auf der Bukarester Tagung gewürdigt. Wie er informierte, war er vor allem Fragen der weiteren Festigung von Vertrauen und Sicherheit in Europa und in der Welt gewidmet. Die Erklärung für ein stabiles und sicheres Europa und das Kommuniqué würden die Entschlossenheit der verbündeten Staaten unterstreichen, auch künftig gemeinsam für die Festigung von Frieden und Entspannung zu wirken. Es werde die Bereitschaft bekräftigt, den Dialog mit allen Staaten zu entwickeln und zu vertiefen. An die NATO-Länder werde appelliert, das Problem der taktischen Kern-

waffen nicht durch Modernisierung, sondern durch Verhandlungen über deren etappenweise Reduzierung zu lösen.

Constantin Oancea teilte ferner mit, daß die Tagungsteilnehmer einander über die innere Entwicklung in ihren Ländern informiert haben. Es sei bekräftigt worden, daß der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung ein schöpferischer Prozeß ist, der sich in jedem Land entsprechend dessen Bedingungen, Traditionen und Erfordernissen entwickelt. Es sei die Zuversicht geäußert worden, daß die sozialistischen Staaten in der Lage sind, die in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe auftretenden Probleme zu lösen.

Es wurde mitgeteilt, daß die nächste turnusmäßige Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau stattfindet.



Auf dem Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien: (v. l. n. r.) Todor Shiwkow, Rezső Nyers, Willi Stoph, Wojciech Jaruzelski, Nicolae Ceauşescu und Michail Gorbatschow. Links im Vordergrund Miloš Jakes

Foto: ZB/Schindler

Grundlegende Forderungen einer Politik der Sicherheit und des gegenseitigen Verständnisses sowie der Zusammenarbeit zwischen den Staaten sind die strikte Achtung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung aller Staaten, der Gleichberechtigung der Völker und des Rechts eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung, auf freie Wahl seines sozialpolitischen Entwicklungsweges; die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die vorbehaltlose Enthaltung von jeglicher Anwendung oder Androhung von Gewalt; die strikte Achtung der entstandenen territorial-politischen Realitäten, der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten; die Regelung jeglicher Streitfälle zwischen Staaten ausschließlich mit friedlichen Mitteln; die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in jedem Land in ihrer Gesamtheit für alle ohne